



Maintal, 10. November 2014

vdää für umfassendes Streikrecht und faire Medienberichterstattung

"Die aktuelle Stimmungsmache von Politik und Medien gegen den Tarifikampf der GdL ist ein gesellschaftlicher Skandal. Sie soll eine aufgeheizte Stimmung erzeugen, um das grundgesetzwidrige Gesetz zur Tarifeinheit durchzupeitschen. Mit dem geplanten Gesetz würde derjenigen Gewerkschaft, die in einem Betrieb nur eine Minderheit der Beschäftigten vertritt, faktisch das Streikrecht entzogen", so Dr. Peter Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender des Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää). „Der vdää lehnt jede gesetzliche Einschränkung des Streikrechts ab, so auch das geplante Gesetz zur Tarifeinheit“. Der Gesetzentwurf aus der Feder einer SPD-Ministerin ist ebenso ein politischer Skandal wie die Unterstützung durch IG Metall und DGB-Spitze.

"Die Kampagne gegen die GdL ist heuchlerisch. Diejenigen, die plötzlich Personalarbeit ´aus einem Guss´ machen und nur einen einzigen Gegenüber bei Tarifverhandlungen akzeptieren wollen, sind die Gleichen, die Outsourcing betrieben haben. Sie haben die Bahn in 900 Einzelbetriebe zerschlagen und zum Teil viel Geld dabei gemacht. Sie haben die Belegschaften gespalten und gegeneinander ausgespielt, um Löhne ins Bodenlose zu drücken. Ganz ähnliches erleben wir in vielen öffentlichen Krankenhäusern", erklärt Dr. Peter Hoffmann.

„Unisono wird einseitig der materielle Schaden für die Bahn und die Wirtschaft beklagt. Wer beklagt eigentlich den wirtschaftlichen Schaden der Beschäftigten durch Outsourcing, Werkverträge usw.? Und das nicht nur für ein paar Streiktage sondern für die gesamte Dauer ihres Arbeitsverhältnisses? Solche Zustände werden ohne Arbeitskämpfmaßnahmen eben nicht zu ändern sein", ergänzt Dr. Rudi Schwab.

"Wir unterstützen die Position des ver.di-Bundesvorstandes, der ein Gesetz zur Tarifeinheit ablehnt. Ver.di konkurriert bekanntlich mit dem Marburger Bund um die gewerkschaftliche Vertretung angestellter Ärztinnen und Ärzte, widersteht aber der Versuchung, den mb mit juristischen Mitteln ausschalten zu wollen. Das beweist hohes gewerkschaftliches Bewusstsein und Anstand", so Hoffmann weiter.

Der vdää spricht sich für eine Interessensvertretung aus, die solidarisch die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten in den Vordergrund stellt und Partikularinteressen und gewerkschaftliche Konkurrenz zurückstellt. "Eine Lobbypolitik, die Privilegien für herausgehobene Mitarbeitergruppen durchsetzen und ausbauen will, lehnen wir ab. Tarifeinheit ist unser Ziel, weil sie die Spaltung der Belegschaft verhindert. Sie kann aber nicht erzwungen sondern nur errungen werden", erklärt Professor Dr. Wulf Dietrich, Vorsitzender des vdää. "Bahn, Deutsche Krankenhausgesellschaft und andere frühere öffentliche Arbeitgeber sollten Dienstleistungen insourcen, ausgelagerte Betriebe wieder zusammenführen, Leiharbeit aufgeben, konkurrierende Dumping-Tarifverträge aufkündigen und stattdessen wieder Flächentarifverträge abschließen. Wilde Konkurrenz erzeugt sozialen Zündstoff dort, wo Kooperation hilfreicher wäre", so Prof. Dietrich weiter.

Dr. Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin des vdää